

> Asien-Monitor Juni 2010

Analyse und Bewertung aktueller
politischer und gesellschaftlicher
Entwicklungen in Asien

Zur Situation in Kirgisistan

Kirgisistan: Der ehemalige Hoffnungsträger

Vorwort der Herausgeber: Unsere Autorin Alina Chagarbaeva befindet sich derzeit in Kirgisistan. Im folgenden Beitrag bezieht sie sich im Wesentlichen auf die Ereignisse in Kirgisistan im April 2010. Nach Ihrem Bericht folgt ein Interview mit der Autorin, das sich mit der aktuellen Situation im Juni 2010 und den Einschätzungen von Alina Chagarbaeva befasst.

I Beitrag von Alina Chagarbaeva

Zwischen dem 4. und dem 7. April 2010 kam es zu massiven öffentlichen Protesten und gewalttätigen Ausschreitungen im Norden Kirgisistans, die letztendlich den Rücktritt der gesamten Regierung von Präsident Kurmanbek Bakijew bewirkten.

Ähnlich wie im März 2005 geriet das zentralasiatische Land in eine instabile politische Lage und zog damit wiederholt die besorgte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich. Zwischen 2005 und 2010 galt der Staat noch als sogenannte „Insel der Demokratie“ im zentralasiatischen Raum, als Hoffnungsträger. Doch die Interessenkonflikte der verschiedenen Gruppierungen sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht ließen das Land nicht zur Ruhe und Weiterentwicklung kommen.

Der Ursprung dieser Konflikte basiert überwiegend auf verschiedenen historischen und kulturellen Elementen, die für Außenstehende auf den ersten Blick schwierig nachzuvollziehen sind. Die

kirgisische Nation hat eine über Jahrhunderte tief verwurzelte Nomadenkultur, die zu großen Teilen das kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben lange geprägt und bestimmt hat. Selbst die fast 200 Jahre andauernde und prägende russische (und später sowjetische) Präsenz konnte nicht verhindern, dass einige Traditionen über Generationen weitergereicht und überliefert wurden.

Die eigentlichen Auslöser der Unruhen Anfang April waren der vom Staat bestimmte Anstieg der Wohnnebenkosten und Energiepreise. Für Unmut sorgte auch die Tatsache, dass Bakijews Führungsstil einem Familienunternehmen ähnelt. Verwandte erhielten wichtige Posten. So stand sein Sohn Maxim an der Spitze einer Agentur für sämtliche Investitionen im Lande. Ein Bruder Bakijews war der Chef der Präsidentengarde, ein anderer Botschafter in Deutschland. Es wurde bereits spekuliert, dass der Ex-Präsident eine Verfassungsänderung vorbereite, um seinen Sohn zum dynastischen Nachfolger zu ernennen.

Das kleine zentralasiatische Land hat zudem mit Armut, hoher Arbeitslosigkeit, Korruption und dem ewig andauerndem Nord-Süd-Konflikt zu kämpfen. Und auch der Kampf der Clans um den größtmöglichen Einfluss in Kirgisistan destabilisiert die politische Lage. Einige dieser Konflikte entluden sich nun im April, als Tausende vor dem weißen Haus der Regierung demonstrierten und den Rücktritt des Präsidenten forderten.

Zunächst friedlich. Allerdings endeten die Proteste blutig, 79 Menschen starben, über 500 wurden (teilweise schwer) verletzt. Die größtenteils aus den Unterschichten stammenden Demonstranten forderten vor allem die Rücknahme der inflationären Lebenshaltungskosten und somit in erster Linie bessere Lebensbedingungen.

Gerüchte wurden gestreut, die Unruhen seien durch eine „Führungshand“ von außen organisiert und gesteuert worden. In den Medien herrscht bis heute ein Informationschaos: Viele Tatsachen werden falsch interpretiert. So berichten die russischen Zeitungen in Kirgisistan von einer Verfolgung der ethnischen Russen. Die Regierung Medvedjew habe sich bereit erklärt, Truppen zu senden, um die Situation zu stabilisieren. Erinnerungen an Georgien kommen auf.

In Europa schaut man derweil abwartend auf den Wettbewerb zwischen Russland und den USA in der Region. Man interpretiert Kirgisistan als einen Spielball in den Händen der Großmächte. Und nun? Wechselt Kirgisistan von einem autoritären Regime zu einer parlamentarischen Demokratie?

Zumindest schlägt die Übergangsregierung diesen neuen Weg vor. Im Juli soll das Referendum über die Abstimmung des Volkes stattfinden, dem sich im Oktober freie Wahlen anschließen werden. Man erhofft sich von diesen Wahlen notwendige Veränderungen, die zu besseren Lebensbedingungen, dem Ende der Clanwirtschaft und deren Machteinfluss sowie einer parlamentarisch-demokratischen

Grundordnung, die besonders Meinungs- und Pressefreiheit und mehr soziale Gerechtigkeit gewährleistet, führen soll. Wieder ruhen alle Hoffnungen auf der Demokratie.

II Interview mit Alina Chagarbaeva

Worum geht es in dem jetzigen Konflikt? Die Weltgemeinschaft ist hauptsächlich nur auf den ethnischen Konflikt zwischen Usbeken und Kirgisen fokussiert. Überall werden fast ausschließlich die verbrannten Häuser, Flüchtlinge und blutige Auseinandersetzungen zwischen zwei Seiten gezeigt. Die Kirgisen werden als Vertreiber und Verbrecher dargestellt, obwohl sie als das toleranteste Volk in ganz Zentralasien bekannt sind. Auf dem kleinen kirisischen Territorium leben mehr als 80 verschiedene Ethnien seit Jahren friedlich zusammen. Nicht zu verneinen ist allerdings, dass es schon in den 1990er Jahren Spannungen zwischen Usbeken und Kirgisen gab. Es ging dabei hauptsächlich um mehr Einfluss für die Usbeken im Süden Kirgisistans. Offensichtlich wurde dieser lokale Konflikt im Süden Kirgisistan von einer sogenannten „Dritten Macht“ initiiert und provoziert

Russland hat sich doch bislang geweigert Truppen zu entsenden. Russland hat entschieden, sich aus diesem Konflikt herauszuhalten und es alles als innere Angelegenheit zu bezeichnen. Aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit befürchtete man, dass sich ein Afghanistan-Szenario wiederholen könnte. In der Tat sollte Kirgisistan versuchen, aus eigener Kraft die

Probleme zu lösen. Leider ist der Weg zur Demokratie schwer und steinig. Ihn muss das Land aber alleine schaffen.

Welche Auswirkungen hat der Konflikt auf gesamt Zentralasien? Es gibt natürlich Reaktionen in den Nachbarrepubliken. Einige Kommentatoren befürchten die „Ansteckungsgefahr“ beziehungsweise eine „kirgisische Welle“.

Unter welchen Bedingungen kann Kirgisistan zur Demokratie zurückkehren?

Der Wechsel zu einer parlamentarischen Regierung ist eine große Chance für die kleine zentralasiatische Republik, in der Korruption, Clan- und Vetternwirtschaft weit verbreitet sind. Sobald die Macht nicht in den Händen des Präsidenten

konzentriert ist, sondern durch eine Koalition von Parteien ausgeübt wird, hat man die Möglichkeit, auf ein demokratisches Gesellschaftsleben. Europa hat seine Demokratie-Erfahrungen früh gemacht. Kirgisistan als junges Land hat noch vieles vor sich. Die Zeit der Sowjetunion hat leider das Bewusstsein der Menschen stark geprägt. Ab heute muss jeder Kirgise lernen, dass er gegenüber dem eigenen Land mit mehr Verantwortung und mehr Meinungsfreiheit auftreten soll.

Alina Chagarbaeva, promoviert an der Uni Münster. Im Moment forscht sie in Kirgisistan. Kontakt: alinadjan@web.de

Herausgeber:

Prof. Dr. Susanne Feske, feske@uni-muenster.de:

Prof. Dr. Susanne Feske ist Professorin für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Uni Münster. Ihre Forschungsschwerpunkte sind China und Südostasien, japanische Außenpolitik, Rüstung und Rüstungskontrolle in Asien sowie die Theorien der Internationalen Beziehungen.

Stephan Engelkamp, stephan.engelkamp@uni-muenster.de

Stephan Engelkamp hat Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Münster und Straßburg studiert und promoviert an der Graduate School of Politics Münster zu traditionellen Herrschaftskonzepten in Südostasien.

Tobias Romberg, info@tobias-romberg.de

Tobias Romberg ist Journalist und Doktorand. Das Thema seiner Promotion lautet: Regression statt Konsolidierung von südasiatischen Demokratien der dritten Demokratisierungswelle – eine Analyse am Beispiel Pakistan. KONTAKT: